



Informationen aus Land und Kreis

Finanzielle Entlastung für Anlieger

Künftig werden Grundstückseigentümer in Nordrhein-Westfalen bei den Straßenausbaubeiträgen entlastet. So werden die bisherigen Höchstsätze für die Beteiligung von Anliegern an der Erneuerung von Straßen, Parkstreifen, Rad- oder Gehwegen halbiert.

Für Anliegerstraßen darf eine Kommune künftig nur noch 40 Prozent der Kosten von Grundstückseigentümern verlangen

(bisher: 50 bis 80 Prozent), für Haupterschließungsstraßen 30 Prozent.

Die bisherige doppelte Belastung von Eckgrundstücken soll abgeschafft werden. Geplant ist auch eine „Tiefenbegrenzung“ für besonders große Grundstücke, die es oft in ländlichen Regionen gibt. Zudem haben die Regierungsfractionen von CDU und FDP beschlossen, das Verfahren zu vereinfachen und von Bürokratie zu befreien.

Entgehende Einnahmen werden den Kommunen ersetzt. Dazu werden ab 2020 im Haushalt jährlich 65 Millionen Euro bereitgestellt. Die Fördermittel können in einem vereinfachten Verfahren auf der Grundlage der Schlussrechnung für die Straßenbaumaßnahme beantragt werden.



Foto: © nmann77 - Fotolia

NRW wird Motor für Elektromobilität

Der Bund hat entschieden, die Forschungsfertigung Batteriezelle nach Münster zu vergeben. Das Konzept aus Münster, Aachen und Jülich hat sich im Wettbewerb gegen fünf andere Kandidaten durchgesetzt.

NRW bietet hervorragende Voraussetzungen als Standort für die Batterie-

forschung und -fertigung. Aus Nordrhein-Westfalen soll die Entwicklung von Batterien für ganz Deutschland vorangetrieben werden – eine große Aufgabe für die Zukunft der Elektromobilität.

Die Entscheidung ist ein hervorragendes Signal für den Wirtschafts- und For-

Themen dieser Ausgabe:

Stefan Berger: Erfolgsmo- dell Erasmus+ fortsetzen!	2
Mehr Geld für Sportstätten im Kreis Viersen	2
Reform des Kindesbildungs- gesetzes	2
Beschleunigte berufliche Anerkennung im Gesund- heitsbereich	3
Höhere Zuschüsse für Schwimmkurse	3
Neue Perspektiven für woh- nungslose Menschen in Nordrhein-Westfalen	4
Umstellung auf G9: Kosten- übernahme und neue Kern- lehrpläne	4
Lebensende menschenwür- dig und angstfrei gestalten	4
Jugend-Landtag mit Carolin Bader aus Nettetal	5
Mehr Geothermie für eine nachhaltige Wärmewende nutzen	6
Kein Platz für Gewalt in unseren Schulen	6

schungsstandort Nord-
rhein-Westfalen. Batterie-
zellen sind der Schlüssel
zum Erfolg der Elektromo-
bilität und gleichzeitig ein
Wachstumsmarkt, der gro-
ße Potenziale für zusätzli-
che Arbeitsplätze, Wert-
schöpfung und Innovation
bietet.

Stefan Berger: Erfolgsmodell Erasmus+ fortsetzen!

Das Förderprogramm Erasmus+ ist ein Erfolgsmodell. Daher muss es innerhalb und außerhalb der Europäischen Union über das Jahr 2020 hinaus fortgesetzt und vorangetrieben werden.

Berger: „Wir wollen Wissenschaft und Hochschulen weiter international ausrichten, dazu werden wir weiterhin europäisch denken. Erasmus+ ist seit über 30 Jahren fester Bestandteil des europäischen Hochschulwesens und hat sich stetig weiterentwickelt. Nordrhein-Westfalen als Hochschulland und Berufsbildungsstandort im Herzen Europas hat in besonderer Weise davon profitiert und soll es auch künftig tun.“

Daher soll geprüft werden, wie Erasmus+ noch stärker auf Auszubildende sowie Ar-

beitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen der beruflichen Bildung ausgerichtet werden kann.

Zudem setzt sich die NRW-Koalition dafür ein, dass künftig Studierende, Hochschulangehörige und Auszubildende der beruflichen Bildung den Rahmen des europäischen Bildungsaustausches auch nach dem Brexit im Vereinigten Königreich nutzen können.



Foto: © corund - Fotolia

Mehr Geld für Sportstätten im Kreis Viersen

Die Landesregierung hat den Förderaufruf für das Sportstättenförderprogramm „Moderne Sportstätte 2022“ veröffentlicht. Sportvereinen, Stadt- und Gemeindegemeinschaften, Kreis- und Stadtsportbünde und Sportverbänden in NRW stehen bis 2022 nunmehr insgesamt 300 Millionen Euro zur Verfügung. Davon werden 30 Millionen Euro für 2019 veranschlagt, die weiteren 270 Millionen als Verpflichtungsermächtigung bis 2022.



Foto: © LBJeff - Fotolia

Marcus Optendrenk: „So eine hohe Förderung für den Sport hat es in Nordrhein-Westfalen bislang noch nicht gegeben.“

Der Kreis Viersen bekommt für die Modernisierung und Sanierung seiner Sportstätten mehr als 4,3 Millionen Euro.“

Vereine und Verbände können ab sofort auf die Stadt- und Kreissportbünde mit Projektvorschlägen zugehen. Diese können dann ab dem 1. Oktober 2019 priorisierte Vorschlagslisten beim Land einreichen.

Brüggen	300.000 €
Grefrath	300.000 €
Kempen, Stadt	472.165 €
Nettetal, Stadt	569.755 €
Niederkrüchten	300.000 €
Schwalmtal	300.000 €
Tönisvorst, Stadt	397.570 €
Viersen, Stadt	1.035.950 €
Willich, Stadt	690.645 €
Kreis Viersen	4.366.085 €

Reform des Kindesbildungsgesetzes

Das Landeskabinett hat den Gesetzentwurf für ein reformiertes Kinderbildungsgesetz (KiBiz) zur qualitativen Weiterentwicklung der frühen Bildung beschlossen. Damit nimmt die Landesregierung die nächste wichtige Hürde auf dem Weg zu einem auskömmlich finanzierten System der Kindertagesbetreuung in Nordrhein-

Westfalen. Ab dem Kita-Jahr 2020/2021 werden jährlich zusätzlich rund 1,3 Milliarden Euro in die Kindertagesbetreuung investiert.

Der Pakt für Kinder und Familien beinhaltet drei Schwerpunkte, die zu deutlichen Qualitätsverbesserungen in der Kindertagesbetreuung führen:

- Mehr Qualität – künftig stehen knapp eine Milliarde Euro zusätzlich zur Qualitätsverbesserung zur Verfügung: für mehr Erzieherinnen und Erzieher, für mehr Flexibilität bei den Öffnungszeiten und für verbesserte Sprachförderung.
- Platzausbaugarantie – jeder notwendige Betreuungsplatz für einen bedarfsgerechten Ausbau vor Ort wird bewilligt und investiv gefördert. Hierfür stehen jährlich mindestens 115 Millionen Euro zur Verfügung.
- Ein weiteres beitragsfreies Jahr – die Familien mit Kleinkindern werden ab dem Kita-Jahr 2020/21 zielgenau und spürbar entlastet. Der Einnahmeausfall in Höhe von gut 200 Millionen Euro pro Jahr wird den Kommunen vollumfänglich erstattet.

Zudem wird die Landesregierung eine Fachkräfteoffensive starten und den Erzieherinnen- und Erzieherberuf attraktiver gestalten. So sollen die Kitas für Schülerinnen und Schüler im ersten Jahr der praxisintegrierten Ausbildung einen jährlichen Zuschuss von 8.000 Euro erhalten.



Foto: © dglimages- Fotolia

Ab dem zweiten Jahr sowie für Praktikumsplätze im Anerkennungsjahr beträgt der Zuschuss 4.000 Euro.

Beschleunigte berufliche Anerkennung im Gesundheitsbereich

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels, der in den Gesundheitsberufen bereits deutlich spürbar ist, werden die Regelungen für berufliche Anerkennungsverfahren in den Gesundheitsberufen reformiert. Ab 2020 werden die Anerkennungsverfahren für im Ausland erworbene Qualifikationen im Gesundheitsbereich bei der Bezirksregierung Münster zentralisiert. Durch die Bündelung werden die Verfahren deutlich schneller, effizienter und unbürokratischer.

Allein in der Pflege fehlen heute schon 10.000 Fachkräfte. Um diese Herausforderung zu meistern, ist der Zuzug und die Integration von ausländischen Fachkräften notwendig.

Mit der Neuregelung werden die Gleichwertigkeitsfeststellung, die Kenntnisprüfungen und die Fachsprachprüfungen für Fachkräfte mit ausländischen Abschlüssen von einer Stelle gesteuert und begleitet. Die Prozesse der Bezirksregierung in Münster werden zudem vollständig digitalisiert und damit vereinfacht und beschleunigt. Die elektronische Antragstellung wird – auch aus dem Ausland – möglich sein.



Foto: © Robert Kreschke - Fotolia

Höhere Zuschüsse für Schwimmkurse



Foto: © DavidSch - Fotolia

Die Landesregierung erhöht im Rahmen des Aktionsplans „Schwimmen lernen in NRW 2019

bis 2022“ den Zuschuss für Ferien-Schwimmkurse, die sich an Nichtschwimmer richten, von 250 auf 350 Euro pro Kurs. Der Eigenanteil bleibt mit zehn Euro unverändert.

Ziel des Schwimmunterrichts ist es, dass künftig jedes Kind spätestens zum Ende der sechsten Klasse sicher schwimmen kann. Die Lehrpläne und die Lehrerausbildung sollen entsprechend überarbeitet werden.

Der Aktionsplan stellt die Weichen zur Steigerung der Schwimmfähigkeit unserer Kinder und baut die Fortbildungsmaßnahmen für Lehrer aus. Bessere Schwimmkenntnisse sind nicht nur gut für die sportliche Erziehung, sondern auch lebenswichtig. Je früher unsere Kleinsten das Schwimmen erlernen und beherrschen, desto beruhigter können Eltern beim Ausflug ins Schwimmbad sein.

Neue Perspektiven für wohnungslose Menschen in Nordrhein-Westfalen

„Endlich ein ZUHAUSE!“ ist eine neue Landesinitiative gegen Wohnungslosigkeit, mit der obdachlosen Menschen in unserem Land neue Perspektiven eröffnet werden soll. Die Initiative setzt bei verschiedenen Handlungsfeldern wie gesundheitlicher Versorgung, Sucht, psychischen Erkrankungen, Grundsicherung und Kältehilfe an.

Zur Verbesserung der Wohnraumversorgung hat Minister Laumann mit Vertretern der Wohnungswirtschaft eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet. Gemeinsam wollen sie nach Wegen suchen, um Wohnungsverluste zu vermeiden und wohnungslose Menschen besser und schneller mit Wohnraum zu versorgen.

Das Land flankiert die Initiative gemeinsam mit der kommunalen Ebene mit ei-

nem Netzwerk von sogenannten „Kümmerern“. In 20 Städten und Kreisen, in denen besonders viele Menschen von Wohnungslosigkeit betroffen sind, gehen Präventionsprojekte an den Start. Das Land fördert die Kümmerer-Projekte zunächst bis 2020 mit jährlich drei Millionen Euro. Weitere Handlungsfelder der Landesinitiative finden Sie [hier](#).



Umstellung auf G9: Kostenübernahme und neue Kernlehrpläne

Die Kommunen in NRW erhalten für die Umstellung auf G9 von 2022 bis 2026 insgesamt rund 518 Millionen Euro vom Land vor allem für die Schaffung neuer Schulräume.



Foto: © andreaobzerova - Fotolia

Zum Beginn des neuen Schuljahres 2019/20 stellen bis auf drei Schulen alle der rund 600 öffentlichen und privaten Gymnasien in NRW auf G9 um. Die Umstellung beginnt mit den Fünft- und Sechstklässlern. Der erste reguläre G9-Jahrgang macht 2027 Abitur.

Nachdem der Ausschuss für Schule und Bildung der Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Sekundarstufe I zugestimmt hat, sind die Neufassungen der Kernlehrpläne für das Gymnasium finalisiert und veröffentlicht. Nun wurden zwei weitere entscheidende Schritte zur Umstellung der Gymnasien vollzogen: die Ausbildungs- und Prüfungsordnung mit der Studententafel und die Kernlehrpläne. Sie bilden die rechtliche und curriculare Basis für beste Bildung im neuen G9-Bildungsgang.

Bereits jetzt erhalten die Schulen außerdem online erste Beispiele für schulinterne Lehrpläne mit Vorschlägen für konkrete Unterrichtsvorhaben. Zudem sind die neuen Kernlehrpläne nun auch über den Lehrplannavigator auf den Seiten der [Qualitäts- und Unterstützungsagentur – Landesinstitut für Schule](#) online einsehbar.

Das Lebensende menschenwürdig und angstfrei gestalten

Der Landtag hat einen Antrag der NRW-Koalition zur Hospizarbeit und Palliativversorgung in Nordrhein-Westfalen beschlossen. Denn der Bedarf an guter und würdevoller Begleitung sterbenskranker Menschen nimmt immer mehr zu. Damit Menschen mit ihren Schmerzen und Sor-

gen nicht alleine gelassen werden, sollen Hindernisse beseitigt werden, die zu Lasten der Menschen in ihrer letzten Lebensphase gehen.

Nordrhein-Westfalen verfügt bereits über eine nahezu flächendeckende Palliativ-

und Hospizversorgung. Bei den ambulanten Versorgungsstufen gehört unser Land zu den Vorreitern in Deutschland. Die Hospizarbeit und Palliativversorgung hat sich in Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren auch dank verschiedener Leuchtturmprojekte vielfältig weiterentwickelt.

Um die Hospizarbeit und Palliativversorgung auch in den weniger versorgten Bereichen sicherzustellen und dafür Sorge zu tragen, dass auch hier die Teams der SAPV (spezialisierte ambulante Palliativversorgung) flächendeckend präsent sind, sollen Anreize für systemübergreifende Netzwerkstrukturen geschaffen und die Trennlinie zwischen ambulant und stationär abgebaut werden. Zudem soll geprüft werden, wie die palliativmedizinische Ver-

sorgung in Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen der Eingliederungshilfe weiterentwickelt und innovative Konzepte, Mo-



Foto: © David Pereiras - Fotolia

delle und Projekte im Bereich der Hospiz- und Palliativversorgung gefördert werden können.

Jugend-Landtag mit Carolin Bader aus Nettetetal

Vom 4. bis 6. Juli 2019 hat die Nettetaleerin Carolin Bader als eine von 199 Jugendlichen drei Tage lang am Jugend-Landtag teilgenommen und den Sitz von Marcus Optendrenk im Düsseldorfer Landtag übernommen. Die Jugendlichen haben Fraktions- und Ausschusssitzungen durchgeführt und anschließend im Plenum über die getroffenen Beschlüsse und Gesetzentwürfe abgestimmt. Mit Abgeordneten des Landtags haben sich die Mitglieder des Jugend-Landtags zudem bei einem Parlamentarischen Abend zum Austausch getroffen.

Die 199 jungen Abgeordneten stimmten dem Antrag „Einführung einer allgemeinen Impfpflicht als Voraussetzung für einen Kita-Platz“ in geänderter Fassung zu. Darin werden neben der Impfpflicht unter anderem mehr Informationen über die Folgen von Virusinfektionen gefordert. Ebenfalls in geänderter Fassung verabschiedet wurde der Antrag „ÖPNV attrakti-

ver machen“, in dem es unter anderem darum geht, den ÖPNV und die Infrastruktur zu verbessern.



Nach ihrem Abitur am Werner-Jaeger-Gymnasium in Lobberich im Juli 2018 entschied sich Carolin Bader für einen Bundesfreiwilligendienst in einer Kita in Hinsbeck. Im Anschluss daran möchte sie Politikwissenschaften studieren.

Marcus Optendrenk: „Der Jugend-Landtag ist eine tolle Veranstaltung, die den jungen Menschen die Möglichkeit bietet, die Arbeit eines Abgeordneten und die Strukturen des Landtags kennenzulernen. Gleichzeitig lernen aber auch die Politiker besser die Sicht der jungen Menschen kennen und können diese in ihrer parlamentarischen Arbeit berücksichtigen.“



Foto: © bs - Landtag NRW

Mehr Geothermie für eine nachhaltige Wärmewende nutzen

Nordrhein-Westfalen bietet aus geologischer Sicht große Potenziale für die Nutzung von Geothermie, insbesondere für den Wärmebereich. Zudem genießt die Erdwärme eine große Akzeptanz bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern. Deshalb soll NRW zu einem Geothermiestandort werden.

Die Voraussetzungen sind dafür hervorragend: Mit dem Internationalen Geothermiezentrum in Bochum (GZB) sind international anerkannte Experten vor Ort. Nordrhein-Westfalen hat eine ausgeprägte Bergbautradition, fachliche und technische Standards, administrative Kompe-

tenz und Zulieferfirmen sowie das klare Bekenntnis der Landesregierung für Trinkwasserschutz



Foto: © Yvonne Weis - Fotolia

bei der Nutzung der Geothermie. Auch im stillgelegten Steinkohlebergbau schlummern beträchtliche Potenziale, die Stück für Stück gehoben werden sollen.

Kein Platz für Gewalt in unseren Schulen

Die Landesregierung hat einen Aktionsplan gegen Gewalt und Diskriminierung an Schulen vorgestellt. Mit den Maßnahmen sollen die Präventionsarbeit der Schulen unterstützt und die Bedingungen für ein respektvolles Miteinander verbessert werden.



Foto: © Monkey Business - Fotolia

Im Mittelpunkt des Aktionsplans „Für Demokratie und Respekt – Entschieden gegen Diskriminierung und Gewalt“

steht ein deutlicher Ausbau der schulpsychologischen Dienste: Zum 1. August 2019 stellt ihnen das Land insgesamt 54 Stellen zusätzlich für Beratungslehrkräfte oder sozialpädagogische Fachkräfte zur Verfügung. Gemeinsam mit der Schulaufsicht sollen sie den Schulen vor allem bei der Gewalt- und

Extremismusprävention beratend zur Seite stehen. 100 weitere Stellen für Schulpsychologinnen und Schulpsychologen sollen folgen, um den Kinderschutz zu stärken.

Diese Stellen sollen vor allem dazu dienen, Hinweisen und konkreten Verdachtsfällen aus den Schulen nachzugehen. Acht zusätzliche Stellen für die Schulpsychologie hat das Land dafür in diesem Jahr bereits kurzfristig eingerichtet. Damit hat diese Landesregierung das schulpsychologische Engagement des Landes nahezu verdoppelt.

Im nächsten Jahr erhalten alle Schulen den aktualisierten und erweiterten Notfallordner „Hinsehen und Handeln“ mit umfangreichen Handlungsempfehlungen für den Umgang mit verschiedensten Krisen- und Notfallsituationen im schulischen Kontext. Darüber hinaus werden Meldewege und die Erfassung von Straftaten an Schulen auf Grundlage eines Erlasses neu geregelt. Dabei prüft die Landesregierung auch eine erweiterte Meldepflicht, etwa für antisemitische Straftaten.

Dr. Stefan Berger & Dr. Marcus Optendrenk
CDU Kreisverband Viersen
Goetersstr. 54, 41747 Viersen



[Marcus Optendrenk](#)



[Marcus Optendrenk](#)

[Stefan Berger](#)